

Gorleben Rundschau



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Interview mit **Michael Müller**

Wieviel Macht hat er gegen die Atomlobby?



Vergoldet

Der Atomausstieg sollte einen der größten deutschen Konflikte lösen. Doch die Industrie spielt falsch.

Laienhaft

Echte Bürgerbeteiligung heißt auch, das enorme Wissen von betroffenen Bürgern vor Ort ernst zu nehmen.

Neu

Serie: Wendland bedeutet Widerstand. Doch von der Region geht schon lange auch Vorwärtsgewandtes aus.

Der Kreis schließt sich

Was für eine Ehre: Die legendäre *Gorleben Rundschau* ist dieses Jahr erstmals Partner von *Lesen ohne Atomstrom – Die erneuerbaren Lesetage*. Schon mehr als 200 Schriftsteller/-innen und Künstler/-innen waren bei diesem Festival seit 2011 dabei – eine Woche jedes Jahr, auf Hamburgs attraktivsten Bühnen. Für den Atomausstieg – jetzt!

Dafür lasen, sangen und tanzten sie schon alle: Nina Hagen, Elke Heidenreich, Gudrun Pausewang, Thomas Quasthoff, Dieter Hildebrandt, Jan Delay, Udo Lindenberg oder Frank Schätzing. Einst motiviert von jener Unverfrorenheit Vattenfalls, sich mit sogenannten *Vattenfall-Lesetagen*, „in die Herzen der Hamburger schmeicheln zu wollen“, wie es unser Schirmherr Jakob von Uexküll formulierte. Als *Lesen ohne Atomstrom* Vattenfalls Greenwashing jedes Jahr aufs Neue beharrlich eskortierte, wütete der Konzern: Autoren und Förderer wurden massiv attackiert, Vertreter/-innen der hanseatischen Landesregierung legten Förderer/-innen nahe, ihre Unterstützung besser zu unterlassen. Das Ergebnis aber: Die *Vattenfall-Lesetage* gibt's nicht mehr. Während Hamburgs Landesregierung noch um den Verlust ihrer strahlenden „Mäzene“ trauert, kommen in diesem April erneut drei Dutzend Star-Autor/-innen und Schauspiel-Stars an die Elbe, um Flagge gegen die Atomindustrie zu zeigen. Nun schon im fünften Jahr.

Zum Jubiläum schließt sich der Kreis – durch die Kooperation mit der *Gorleben Rundschau*. Denn die Wendländer/-innen waren Geburtshelfer/-innen von *Lesen ohne Atomstrom*, damals zu Jahresbeginn 2011, als Günter Grass unseren Vorschlag, er möge im ehrwürdigen Schauspielhaus lesen, leicht mürrisch kommentierte: „Wir müssen dahin, wo die sind.“ Und so baute eben eure charmante *Bäuerliche Notgemeinschaft* für Günter Grass und Nina Hagen ein großes Literaturzelt vor Vattenfalls Reaktor in Krümmel. Für Jean Ziegler war damit ein „europaweit einzigartiges Festival“ geboren.

Frank Otto, Medienunternehmer
Oliver Neß, Journalist



Frank Otto

Oliver Neß

Liebe Leserinnen und Leser,

weit über ein halbes Jahrhundert haben die strahlenden Energieversorger mit ihren Atomkraftwerken fette Beute im Land gemacht. Ungeliebte Kosten wie Forschung, Entwicklung, Transportsicherung, sogar illegale „Entsorgung“ in Morsleben und der Asse haben wechselnde Regierungen fleißig auf die Steuerzahler verlagert, die neben ihrer Stromrechnung stillschweigend auch das „Restrisiko“ aufgebürdet bekamen. Eine wahre Gelddruckmaschine, garantierte doch bis 1998 das nationalsozialistische Energiewirtschaftsgesetz von 1935 den Atomkonzernen auch noch das Monopol am Strommarkt. Kopiert wurde dieses Prinzip übrigens von Deutschlands Partner im Weltkrieg, Japan, wo es dem verantwortungslosen Konzern TEPCO den Bau der AKWs Fukushima-Daichi in

der Tsunami-Zone ermöglichte. Einzig für den Rückbau der Reaktoren und die Verteilung des Strahlenmülls in Freimessung, Zwischenlagerung und so genannter Endlagerung mussten die Konzerne bislang 36 steuerfreie Milliarden Euro Rücklagen bilden. Dieser Betrag ist aber gerade so glaubwürdig wie die Berechnungen bei Elbphilharmonie und Hauptstadtflughafen. Weil jede weitere Anforderung an Zwischenlager-Sicherheit, Endlager-suche und Öffentlichkeitsbeteiligung weitere Kosten verursachen wird, hat E.ON seine lukrativen Geschäftsbereiche schon mal in ein grüngewaschenes Rettungsboot abgesetzt. Ihrer Verantwortung für Millionen Jahre radioaktiver Strahlung versuchen sich die Atomkonzerne weiterhin mit Dutzenden von Klagen gegen Atomausstieg und Neuanfang bei der Endlagersuche zu entziehen. Die *Gorleben Rundschau* hat über



**Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg**

das doppelte Spiel der Atomlobby in der Endlagerkommission deren Co-Vorsitzenden Michael Müller befragt, der unsere Fragen aber gleich für ein umfassenderes und grundsätzlicheres Plädoyer nutzte. So bleibt es Reimar Paul vorbehalten, darzulegen, wie sich die Atomindustrie aus dem gesellschaftlichen Konsens verabschiedet. Wolfgang Ehmke sprach mit Regisseur Edgar Hagen, dessen Film „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“ über das postnukleare Zeitalter gerade bundesweit anläuft. Der Wissenschaftstheoretiker Peter Finke hat mit seinem Buch über Laienwissenschaftler auch die Rolle des Atomwiderstandes erklärt: direkte Demokratie in der Wissenschaft.

Es bleibt uns also nichts, als auch in diesem Frühjahr wieder einmal das Schöne mit dem Nützlichen zu verbinden und auf die Straßen zu gehen. Gute Versammlungsfreiheit wünsche ich!

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Jan Becker (jb), Falko Berkemeier (fb), Angelika Blank (asb), Wolfgang Ehmke (we), Marianne Fritzen (mf), Torben Klages (tk)
Gestaltung: Andrea Hagen

Druck: dieUmweltdruckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 5200, gedruckt auf Recyclingpapier Circle Matt White
Weiter Infos, Leserbriefe und Feedback auf der Website:
www.gorleben-rundschau.de

Nachruf „Udo, jetzt musst du ran!“

Wenn es darum ging, den offiziellen Beschwichtigungen der Atomiker etwas entgegen zu setzen, konnten wir auf ihn setzen, unseren „Professor“ Udo Jentzsch. Ob es um die Strahlenbelastung durch Castor-Transporte, Konstruktionsmängel oder die Strahlenschutzverordnung ging – mit seinen tiefen physikalischen Kenntnissen war Jentzsch unsere Speerspitze. Das tat der Gegenseite weh, wenn er als Fachmann den Mythos „sicherer Behälter“ entzauberte.

Udo Jentzsch hatte als Diplom-Physiker früher für die andere Seite gearbeitet, das räumte er zwischen zwei Pfeifenzügen und einem kurzen Husteln unumwunden ein. Garching und Geesthacht waren seine Stationen. Doch die Zweifel an der Beherrschbarkeit der Atomkraft wuchsen, und nach Tschernobyl schlug er sich innerlich auf die Seite der Gegner/-innen. Dass er und seine Frau dann aber 1993 gerade im Wendland landeten, sei ein absoluter Zufall gewesen. Bei einer ICE-Fahrt blätterten sie im Reisebegleiter und waren von der ländlichen Idylle sofort angetan. „Und im Grunde war es dann eine logische Folge, auch gleich der Bürgerinitiative beizutreten“ sagt Jentzsch einmal in einem Gespräch mit dem Nachrichtenmagazin *Spiegel*. Fortan schlich er mit Messgeräten um Castor-Behälter herum und verteilte Flugblätter an verunsicherte Polizistinnen und Polizisten, warnte vor der Strahlengefahr. Zuletzt lebte das Ehepaar Jentzsch sehr zurückgezogen in ihrem Haus in Tießau. Als Udo im Juni 2014 im Alter von 77 Jahren verstarb, folgte ihm seine Frau Tony sehr bald. Sie fehlen uns. (we)



Bürgerrechte Wendenpass für Snowden

Ein symbolischer Schritt bei den Bemühungen, Edward Snowden nach Deutschland zu holen, könnte die Initiative der grünen Bürgermeisterin von Dannenberg, Elke Mundhenk, sein: Sie stellte für Edward Snowden den sogenannten „Wendenpass“ der *Freien Republik Wendland* aus und übergab ihn am Rande einer Diskussionsveranstaltung an Dr. Konstantin von Notz. Als grüner Obmann im NSA-Untersuchungsausschuss setzt sich von Notz dafür ein, Snowden als Zeugen vor den Untersuchungsausschuss nach Berlin zu laden und ihm Asyl in Deutschland zu gewähren. Er versicherte dem Dannenberger Publikum, Edward Snowden den Pass so schnell wie möglich zukommen zu lassen. (asb, pm)

Vernetzung Atommüllkonferenz

Die BI nimmt am 21. März an der Atommüllkonferenz (AMK) in Kassel teil. Die Zusammenkunft wird regelmäßig ausgerichtet von Initiativen an den Standorten, an denen Endlager geplant werden: Schacht Konrad, ASSE, Morsleben, BI Lüchow-Dannenberg. Schwerpunkt wird dieses Mal die Rechts- und Verfahrensentwicklung im Umgang mit Atommüll sein. Die Mitarbeit der BI an der AMK wird wie immer fokussiert sein auf die Arbeitsgruppe *Gesellschaftliche Anforderungen an den Prozess*. Konkret geht es dieses Mal um die Kommissionsbegleitung durch die Umweltverbände. Die AMK findet am Samstag, dem 21. März, von 11 bis 17 Uhr in der Volkshochschule Kassel statt. (gr)

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de

Verein Mitgliederversammlung

Die diesjährige Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V. findet am Sonntag, dem 15. März, um 15 Uhr im Lokal *Trebeler Bauernstuben*, Am Markt 5 in 29494 Trebel statt. Dabei wird es einen Rückblick auf politische Entwicklungen und die Arbeit des Vorstands im vergangenen Vereinsjahr geben, aber auch einen Ausblick auf das, was 2015 und 2016 kommen mag. Anschließend wird die Neuwahl des Vorstands abgehalten. (gr)

Tschernobyl, Fukushima Jahrestage

Im März und April jähren sich die Atom-Katastrophen in Fukushima (2011) und Tschernobyl (1986) zum 4. beziehungsweise zum 29. Mal. Aus diesen Anlässen wird es in den kommenden Monaten erneut Gedenkveranstaltungen geben. So wird am 14. März – drei Tage nach dem Jahrestag der Katastrophe von Fukushima – eine Demonstration durch Dannenberg führen. Die genaue Route kann auf der Internetseite der BI eingesehen werden. Beginn der Demo ist um 14.47 Uhr, dem Zeitpunkt des Beginns der Katastrophe in Japan. Weitere Mahnwachen und Aktionen finden am oder nach dem 11. März an verschiedenen Orten im ganzen Land statt. An die Kernschmelze im – damals noch sowjetischen – Tschernobyl wird am Sonntag, dem 26. April gedacht. Termine, ob im Wendland oder bundesweit, standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest. (ac)

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de

Atomwaffen büchel65 blockiert Bomben

Bürger- und Aktivistengruppen bereiten sich dieses Frühjahr auf mehrere Blockaden des Atomwaffenlagers bei Büchel vor. Unter dem Namen *büchel65* werden zwischen dem 26. März und dem 29. Mai verschiedene Gruppen den Zugang zum Fliegerhorst in der Eifel sperren. Viele Menschen hätten vergessen, dass in Büchel noch immer 20 Atomwaffen lagern, so das Organisationsteam. Die gesellschaftliche Diskussion um Nuklearwaffen sei verblasst. Doch die Bundeswehr übe regelmäßig deren Einsatz, und nun sollen die Sprengköpfe in der Eifel mit zielgenaueren Systemen aufgerüstet werden. Mit der 65-tägigen Aktion könnten die vergessenen Bomben wieder

mehr in den Fokus gerückt werden. Dabei sind Start- und Enddatum bewusst gewählt: Am 26. März 2010 beschloss der Bundestag den Abzug aller Atomwaffen; am 29. Mai dieses Jahres endet die Internationale Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages. Das Organisations-Team weist darauf hin, dass interessierte Gruppen noch die Möglichkeit haben, Blockaden anzumelden. (fb)

Weitere Infos im Internet unter:

- www.gorleben-rundschau.de



in die weltumspannende Suche nach dem sichersten Ort involviert. Im Film, für den er Türen zu Orten öffnet, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, trifft er auf Weggefährten und einige seiner schärfsten Gegner. Am 20. März, nur drei Tage nach der offiziellen Deutschland-Premiere in Köln, wird der Film im Kino *Alte Brennerei* in Lüchow gezeigt. (gr, pm)

Weitere Infos im Internet unter:

- www.gorleben-rundschau.de

Gronau Osterspaziergang

Die BI Lüchow-Dannenberg fährt am 3. April mit einer Delegation zum Osterspaziergang gegen die Urananreicherungsanlage in Gronau. Dessen Motto lautet: „Kein Weiterverkauf der URENCO! Urananreicherung ist der einfachste Weg zur Atombombe.“ Der Rundgang beginnt um 11.57 Uhr. Interessierte können sich im BI-Büro nach einer Mitfahrgelegenheit erkundigen. (gr)

Weitere Infos im Internet unter:

- www.gorleben-rundschau.de



Kurznachrichten Aktion und Politik

Sonnenschein und ein Prosit auf das Widerstandsjahr 2015 – der Neujahrsempfang der Bürgerinitiative (BI) war ein Magnet, die Aussichten umriss Wolfgang Ehmke, Sprecher der BI, mit den Worten: „Wir blicken auf das, was in der Endlagerkommission debattiert wird, vor allem auf die Arbeitsgruppe ‚Sicherheitskriterien‘. Denn dort wird eine Vorentscheidung fallen, ob Gorleben als mögliches Atommüllendlager fortgeschleppt oder fallen gelassen wird.“ Die ökologische Filmreihe startete im neuen Jahr mit *Gasfieber*, dem Film von Lech Kowalski über die Folgen des Frackings und den Widerstand dagegen. Am 12. Februar fand zum gleichen Thema eine Diskussionsveranstaltung der Fracking-AG der BI mit Landes- und Bundespolitiker/-innen statt. Am 3. Februar folgte der Film *BrückenJahre* über die Mächenschaften der Energieindustrie beim Braunkohleabbau in der Lausitz. Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima kamen bundesweit Atomkraftgegner/-innen zu Mahnwachen zusammen. Eine davon findet immer noch jeden Montag auf dem Marktplatz in Dannenberg statt. Mehr als 60 Menschen versammelten sich dort am 12. Januar zum 200sten Mal. Sie gedachten der Katastrophe und forderten den Atomausstieg weltweit. Einer der Organisatoren, Werner Lowin, verlas ein Grußwort japanischer Aktivist/-innen, mit denen die BI vernetzt ist. Eine weitere Aktion fand am 22. Februar statt, dem Tag, an dem sich die Standortbenennung Gorlebens zum 38. Mal jährte! Wie schon oft an diesem Datum, kamen an den Atomanlagen Menschen zusammen, um auf den Schandfleck der deutschen Atompolitik aufmerksam zu machen. (tk)

Man lernt
sehr, sehr
viel über
die Probleme
der
Endlagerung

Kino Reise zum sichersten Ort der Welt

Weltweit wird Atommüll provisorisch gelagert, in Kühlbecken und Zwischenlagern. Chaos würde über die Erde hereinbrechen, wenn eine unkontrollierte Kettenreaktion wie eine Atombombe losginge. Die Katastrophe in Fukushima hat uns nur eine Idee der Gefahr vermittelt.

Die Strategie, diesem Dilemma zu entrinnen, heißt in allen Atomenergie produzierenden Ländern: Endlagerstandorte finden. Orte, wo die Gefahr bis in alle Ewigkeit gebannt ist, kurz: „den sichersten Ort der Erde.“ Seit Jahrzehnten wird in vielen Ländern geforscht, und immer wieder werden mögliche Standorte verworfen. Mit diesem Film begibt sich Regisseur Edgar Hagen auf die komplexe Suche nach diesem Ort.

Im Zentrum stehen dabei Menschen, die das Problem stellvertretend für alle lösen wollen – ihr Bemühen, ihr Leiden, ihre Kämpfe, ihr Hoffen und ihre Niederlagen. Der Protagonist, Charles McCombie, ist seit 35 Jahren mit ungebrochenem Optimismus



„Nötig wäre eine sozialökologische Transformation“

Endlagerkommission Michael Müller ist einer der beiden Vorsitzenden der im April 2014 eingesetzten so genannten Endlagerkommission in Berlin. Er war ab 1983 über ein Vierteljahrhundert Bundestagsabgeordneter der SPD und von 1992 bis 1994 Vorsitzender der Enquete-Kommission zum Schutz des Menschen und der Umwelt. 2005 wurde er für rund vier Jahre Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium. Müller ist zudem Mit-Herausgeber des unabhängigen Onlinemagazins klimaretter.info. Bereits 1989 veröffentlichte er sein Buch „Das Ende des blauen Planeten – Der Klimakollaps, Gefahren und Auswege“. Michael Müller ist Vorsitzender des Umweltverbandes Naturfreunde Deutschland und seit langem bekennender Atomkraftgegner. Für die Gorleben Rundschau sprach er mit Martin Donat.

Die Anti-Atom-Bewegung hat sich in der zentralen Frage durchgesetzt: dem Ausstieg aus der Atomkraft

Gorleben Rundschau: Michael, die Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe, zu deren gleichberechtigtem Vorsitzenden du neben Frau Heinen-Esser berufen wurdest, ist aufgrund der Verständigung von vier damaligen Bundestagsparteien und der Verständigung von Bund und Ländern über einen so genannten „Neuanfang“ in der Endlagersuche zustande gekommen. Basis dieser Kompromisse waren unter anderem die Einigung auf eine vergleichende Suche, die Einrichtung eben dieser Kommission und der Verzicht auf weitere Castortransporte nach Gorleben. Das Letztere wurde zugunsten größerer Glaubwürdigkeit sogar zusätzlich im Atomgesetz verankert. Der Wirtschaft wurden zwei von sechzehn Plätzen gesellschaftlicher Vertreter angeboten, die sie aber ausschließlich mit Vertretern der Energiekonzerne, also den Abfallverursachern, besetzt haben. Diese klagen nun aus wirtschaftlichem Eigennutz gegen die Neuregelungen im Atomgesetz und damit gegen die Vertragsbasis der Kommission, in der sie gemeinnützig nach Lösungen suchen sollen. Ihre Sitze und ihren Einfluss in der Kommission wollen sie aber gleichzeitig nicht preisgeben, sie treiben also quasi doppeltes Spiel. Der Kommission war das im November gerade einmal zwanzig Minuten Debatte wert. War das jetzt alles?

Michael Müller: Ich will jedenfalls einen Neuanfang, und das will auch eine eindeutige Mehrheit der Kommission, denn der bisherige Weg war falsch, das Ergebnis von politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, die das, was notwendig ist, nämlich ein echtes Auswahlverfahren, nicht wollten. Zudem ist die Ausgangssituation anders geworden: Bundestag

Bundesrat haben mit großer Mehrheit den Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen, dafür gibt es heute einen breiten politischen Konsens. Wie die Anti-Atom-Bewegung, hat auch mein Verband, die *Naturfreunde Deutschlands*, die seit 1957 gegen die Nutzung der Atomenergie sind, einen schnelleren Ausstieg gefordert. Dafür gibt es gute Gründe, und es hätte auch unterschiedliche Wege dafür gegeben, wozu auch beispielsweise der fehlende Entsorgungsnachweis gehört. Dennoch müsst auch ihr sehen: Die Anti-Atom-Bewegung hat sich in der zentralen Frage durchgesetzt, und das ist auch international ein wichtiges Signal: dem Ausstieg aus der Atomkraft. Jetzt brauchen wir euch als kritische Beobachter und wichtige Ratgeber, um das letzte Kapitel der unseligen Geschichte der Atomenergie zu schreiben, die möglichst sichere Verwahrung des Atommülls. Und – was auch dazu gehört – um zu einer wirklichen Energiewende zu kommen, von der wir noch weit entfernt sind und die weit mehr erfordert, als Erneuerbare Energien zu fördern.

Ich sehe sehr kritisch, was die Atomkraftbetreiber in unterschiedlichen Rollen und mit unterschiedlichen Klagen machen. Ein Neuanfang ist das nicht. Und es gibt auch negative Erfahrungen, denn auch nach dem „Konsens“ zwischen Bundesregierung und E.on, RWE, EnBW und Vattenfall im Jahr 2000 haben die vier Betreiber, vor allem RWE-Chef Grossmann, das Ausstiegsgesetz, das sie selbst mit ausgehandelt haben, nicht ernst genommen. Sie haben damals auf schwarz-gelb gehofft, um die Laufzeiten zu verlängern, was dann ja auch geschehen ist, bis es zu der Tragödie von Fukushima kam. Deshalb gibt es nicht von ungefähr großes Misstrauen.

Von daher: Ein Neuanfang heißt auch, Klagen zu beenden. Falsch ist allerdings die Behauptung, die Kommission hätte sich nur einmal und dann nur zwanzig Minuten mit den Klagen von E.on beschäftigt. Wir haben in drei Sitzungen darüber geredet, zeitlich begrenzt am Anfang, um die An-



hörungen nicht zu sehr nach hinten zu schieben, und danach in offenen Debatten.

GR: Wo gehen die nächsten Castortransporte hin? Müssen wir uns im Wendland schon wieder warm anziehen, oder ist das gar kein Thema in der Kommission?

MM: Durch die Klage von E.on gegen die Beendigung der Nutzung von Gorleben müssen wir uns damit beschäftigen. Wenn Bundesrat und Bundestag festlegen, dass bei der Suche von einer „weißen Landkarte“ auszugehen ist, dann muss das die Grundlage der Arbeit sein. Auch hier gilt das eben gesagte: Wir brauchen einen Neuanfang. Dazu gehört auch die wichtige Frage, wohin die 26 Castoren aus Frankreich und England gehen, auch deshalb beschäftigen wir uns in der nächsten Sitzung mit der Situation der Zwischenlager. Was ist nach dem Urteil zu Brunsbüttel in Schleswig-Holstein, was ist mit Baden-Württemberg, was ist mit Hessen und Bayern?

GR: Schon bei der Einrichtung des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AK End) vor sechzehn Jahren war man davon überzeugt, dass die Abfallverursacher stets mit am Tisch sitzen müssten, um Ergebnisse am Ende auch mitzutragen. Die Umsetzung des AK End ist ja bekanntlich dann an der Politik gescheitert, konkret übrigens an der Regierung Merkel. Während der damalige Abschlussbericht im Jahr 2002 einhellig mit den Konzernen noch ein vergleichendes, kriteriengestütztes, wissenschaftsbasiertes Auswahlverfahren mit einer vorherigen öffentlichen Grundsatzdebatte empfahl, klagen die Betreiber nun gegen genau diese Grundlagen. Wer wird am Ende die Fahrt bestimmen? Die Kommission, die Parlamente oder aber die Gerichte?

MM: Der Auftrag der Kommission ist gesetzlich festgelegt: Sie kann nur die Kriterien für das Auswahlverfahren vorschlagen, was natürlich über die Frage möglicher Standorte hinausgeht. Wir – Frau

Heinen-Esser und ich – werben um Vertrauen für einen Neuanfang, der natürlich die Arbeit des AK End einbezieht, aber auch darüber hinausgehen muss. In der Kommission wurde herausgearbeitet, dass es neue Aspekte gibt, die wir zu berücksichtigen haben. Unter anderem macht die Kommission dazu eine Anhörung zu den Fragen Rückholbarkeit/Bergbarkeit, die im AK End-Bericht angesprochen, aber nicht ausführlich behandelt wurden. Entscheiden muss letztlich die Politik, hoffentlich auf der Basis der Kommissionsvorschläge. Das Umweltministerium muss einen Gesetzentwurf machen, über den dann Bundestag und Bundesrat beraten und beschließen werden.

GR: Abgesehen davon, dass die Entsorgungsrückstellungen der Atomindustrie auch nach Jahrzehnten der Milliardengewinne womöglich ohnehin nur Bilanzposten darstellen, zeichnet sich inzwischen deutlich ab, dass man sich seinerzeit wohl reichlich verkalkuliert hat. Nicht nur der Rückbau von Atomkraftwerken, sondern natürlich auch eine auf Sicherheit bedachte sorgfältige Suche nach dem langfristigen Verbleib des Atommülls werden voraussichtlich weitaus mehr kosten, als einst veranschlagt. Wird am Ende überhaupt noch das Geld für die relativ beste Lösung da sein, oder steigt gerade wieder der Druck auf den „erstbesten Standort“?

MM: Auch die Finanzierung der sicheren Verwahrung radioaktiver Abfälle ist eine Frage, ob die Beteiligten zu einem Neuanfang fähig sind. Es muss, so steht es auch in dem Entwurf für unsere Leitlinien, das Verursacherprinzip gelten. Die vier Betreiber haben in der Bilanz rund 37 Milliarden Rückstellungen, für die sie auch steuerliche Vorteile hatten. Zusammen mit Hermann Scheer habe ich deshalb schon vor Jahren eine Initiative im Bundestag gestartet, dieses Geld in einen öffentlichen Fonds zu geben. Leider erfolglos. Zudem zeigen viele Berechnungen, dass diese Summe wahr-

scheinlich nicht ausreicht. Das zeigen die Erfahrungen aus dem Abbruch der Atommeiler, auch die Schweiz geht von wesentlich höheren Berechnungen aus. Frau Heinen-Esser und ich haben darauf hingewiesen, dass auch konservative Berechnungen auf Beträge zwischen 45 und 48 Milliarden Euro kommen. Von daher darf es bei einem Neuanfang natürlich nicht um die „billigste“ Lösung gehen, sondern um eine, die zu verantworten ist. Sicherheit zuerst. Deshalb muss schnell Klarheit geschaffen werden.

GR: Siehst du es als realistisch an, dass Parteien, Regierungen und Parlamente bereit sein werden, in Jahren und Jahrzehnten noch Milliarden in die nukleare Sicherheit zu investieren, wenn sie diese Gelder aus den laufenden Haushalten, also aus Infrastrukturmaßnahmen, Bildung, Sozialausgaben und Forschung, abzweigen müssen? Zumal, da „Sanierungen“, wie in Morsleben und der ASSE, ohnehin vom Steuerzahler bezahlt werden und nicht über die „Endlagervorausleistungsverordnung“ gedeckt sind. Müssen nicht unverzüglich zusätzliche Risikozuschläge von den Konzernen erhoben und die Rückstellungen in einem öffentlich-rechtlichen Fonds für den Steuerzahler gesichert werden?

MM: Ich sagte, dass die Politik schnell Klarheit über die Finanzierung der atomaren Lasten schaffen muss. Das gilt auch generell darüber hinaus für komplexe technologische Fragen mit langen Fernwirkungen. Die sichere Verwahrung des Atommülls ist ein eindringliches Beispiel dafür, dass der alte Weg einer Bewältigung technischer Probleme durch immer neue technische Lösungen nicht mehr gangbar ist – weit über die Atomkraft hinaus. Wir müssen ein hohes Lehrgeld bezahlen, dass dies nicht erkannt wurde. Und es ist nicht einmal klar, ob wir daraus lernen. Es geht um den Unterschied zwischen einfacher und reflexiver Modernisierung. Wir brauchen eine institutionelle Technologiefolgenabschätzung, die ein wirksames Veto

einlegen kann, wenn die Folgen für das Gemeinwohl schädlich sind. Vielleicht ist es ein Weg, zu einem Nachhaltigkeitsausschuss in Bundestag und Bundesrat zu kommen, der einen Verfassungsrang hat. Er muss die langfristigen Folgen prüfen und öffentlich machen.

GR: Wir haben uns aus vielen guten Gründen mit der überwältigenden Mehrheit der Umweltverbände und Initiativen gegen die Teilnahme an der Kommission entschieden und unter anderem auch wegen der Klagen der Konzerne eine zehnmündige Anhörung im November abgesagt. Wir haben uns insofern gegenüber der Politik eindeutig verhalten. Die Atomkonzerne dagegen spielen offensichtlich ein doppeltes Spiel nach dem Motto „mitnehmen, was es mitzunehmen gibt“. Die Kommission genießt in der Folge nicht nur ziemlich wenig Vertrauen in der Öffentlichkeit, schlimmer noch, sie wird offenbar noch nicht einmal wahrgenommen.

Du hast dich immer als Atomkraftgegner bekannt und dich auch noch jüngst gegen ein Endlager in Gorleben ausgesprochen. Fügt du dich im politischen Alltag langsam den „Realitäten“? Welche Chancen siehst du noch für ein offenes Verfahren unter Einbeziehung der Betroffenen?

MM: Du stellst Behauptungen auf, die ich hinterfrage. Welche überwältigende Mehrheit der Umweltverbände meinst du? Ich war Mitglied im *Dachverband der Umwelt- und Naturschutzverbände*, dem DNR, dem immerhin, wenn ich die Doppelmitgliedschaften abziehe, rund 5,4 Millionen Mitglieder angehören. Die große Mehrheit war in dieser Frage nicht engagiert, aber von Ablehnung einer Mitarbeit habe ich wenig gesehen. Hier liegt ja ein Problem, das mir sehr zu schaffen macht. Die ökologischen Verbände müssten eigentlich der Motor für eine sozialökologische Transformation sein. Das sind sie aber nicht. Unsere Gesellschaft ist entpolitisiert und zerfällt in „Special-Interest-Öffentlichkeiten“. Was wir aber



Unsere Gesellschaft ist entpolitisiert und zerfällt in Special-Interest-Öffentlichkeiten

brauchen, ist eine Antwort auf die Frage, wie humaner und nachhaltiger Fortschritt möglich wird. Nicht zuletzt die Frage des Atommülls macht deutlich, wie leichtfertig die Atomeuphorie Ende der Fünfzigerjahre war, als Weichen gestellt wurden, ohne die Konsequenzen zu beachten.

Insofern geht auch der Begriff „Krise“ zu kurz. Was wir heute erleben ist ein epochaler Einschnitt, der sich an der Auseinandersetzung um Wachstum zeigt. Die Postwachstumsbewegung ist ein Ausdruck dafür, dass es – wie es bei Erich Kästner heißt – auf keinen Fall so weiter geht, wenn es so weiter geht. Natürlich spitzt sich in dieser Umbruchsituation auch die Auseinandersetzung zwischen altem und neuem Denken zu, zwischen Macht, Interessen und Gemeinwohl.

Umso mehr halte ich es für falsch, dass die Anti-Atom-Bewegung nicht selbstbewusst in die Kommission geht und öffentlich macht, wie eine sozialökologische Transformation aussehen muss. Sie hat eine hohe Glaubwürdigkeit, die sie für diese Aufgabe nutzen muss. Wer sonst? Ich hätte es gut gefunden, wenn beispielsweise du, Martin, in der Kommission mitmachen würdest. Meines Erachtens ist das die angemessene Form in der Demokratie für eine Strategie des politischen Konflikts.

GR: Welche Chancen hat für dich die Kernforderung der Verbände und Initiativen nach einem beschleunigten Atomausstieg deutlich vor 2022?

MM: Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass ich für einen schnelleren Ausstiegspfad war, der übrigens auch in Einklang mit mehr Klimaschutz stand. Leider habe ich zu wenig Unterstützung gehabt. Ob es zu einem Ende vor dem gesetzlich festgelegten Ausstieg kommt, ist eine Frage, die vom betriebswirtschaftlichen Kalkül der Betreiberfirmen und der atomrechtlichen Aufsicht abhängig ist.

GR: Lieber Michael Müller, vielen Dank für das Gespräch.



Der vergoldete Ausstieg

Rechtsstreit Mit dem nach der Katastrophe von Fukushima in Gang gesetzten Atomausstieg wollte die Politik einen der größten gesellschaftlichen Konflikte in der Bundesrepublik Deutschland abräumen. Doch sie hat die Rechnung ohne die Atomindustrie gemacht. Von Reimar Paul

Nachdem sie zunächst Milliarden D-Mark Forschungs- und Fördergelder abgegriffen und dann mit dem Betrieb der AKW Milliarden Euro verdient haben, wollen sich die großen Energiekonzerne nun auch den Atomausstieg vergolden lassen. Sie überziehen den Bund und die Länder mit Klagen. 25 sind, so weit bekannt, derzeit anhängig. Sie richten sich unter anderem gegen die Abschaltung von Atomkraftwerken infolge der Fukushima-Katastrophe, gegen die Brennelementesteuer und gegen das Endlagersuchgesetz. In anderen Fällen begehren die Konzerne vor Gericht Zugang zu amtlichen Dokumenten.

Der Streitwert der Klagen ist erst in einigen Fällen beziffert – vorläufig geht es um die stattliche Summe von knapp sechs Milliarden Euro. Allein die Klage von Vattenfall vor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsschutzstreitigkeiten in den USA hat einen Streitwert von 4,7 Milliarden Euro. Der schwedische

Staatskonzern will damit für die Abschaltung seiner Atommeiler Brunsbüttel und Krümmel entschädigt werden. Dabei laufen die beiden Schrottreaktoren schon seit 2007 nicht mehr, die Abschaltung 2011 erfolgte also nur formell. Dieser Prozess bietet im Übrigen einen Vorgeschmack darauf, was Deutschland erwartet, falls die Freihandelsabkommen TTIP und CETA mit den USA und Kanada in Kraft treten.

E.on (386 Millionen Euro) und RWE (235 Millionen Euro) begehren von Bund und Ländern Schadensersatz wegen vorzeitiger Stilllegung – gemeint ist das unmittelbar nach der Katastrophe verfügte, dreimonatige Moratorium – der Atomkraftwerke Isar 1, Biblis A und B sowie Unterweser. RWE war wegen der Abschaltung von Biblis bereits 2011 vor die Verwaltungsgerichte gezogen. Nach dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel befand auch das Bundesverwaltungsgericht die Weisungen des Landes für rechts-

widrig, unter anderem weil der Betreiber in dem Verfahren nicht gehört wurde.

Einen politisch äußerst delikaten Briefwechsel in Sachen Biblis machte am 15. Januar das ARD-Magazin *Monitor* bekannt. Danach hat der damalige RWE-Vorstandschef Jürgen Großmann beim hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier ein Schreiben bestellt, das als wesentliche Grundlage für die Klagen gilt – und der CDU-Politiker hat prompt geliefert. Weil die Weisung des Landes Hessen fehlerhaft war, hätte RWE das AKW Biblis B nach Auslaufen des Moratoriums eigentlich wieder ans Netz nehmen können. Dass dies nicht geschah, begründete der Konzern vor allem mit einem Brief Bouffiers vom 13. Juni 2011. Darin heißt es, die hessische Atomaufsicht werde im Fall einer Wiederinbetriebnahme „dagegen vorgehen“. „Dieser Brief hat eine Grundlage für die heutigen Schadenersatzforderungen geschaffen“, sagte der Professor für öf-



fentliches Recht Joachim Wieland von der Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer gegenüber *Monitor*.

Die Landesregierung in Wiesbaden bestätigt, dass Bouffier kurz vor Auslaufen des Moratoriums an Großmann geschrieben hat. In dem Brief stand, dass ein genereller Atomausstieg komme und Biblis deshalb nicht wiederangefahren werden sollte. Dies sei aber nicht rechtsverbindlich, sondern ein „politisches Schreiben“ gewesen. Ein *Monitor* vorliegendes Schreiben zeigt, dass Großmann den hessischen Regierungschef vorher ausdrücklich um eine entsprechende Ankündigung bat und sich dabei auf eine Zusage von Ex-Kanzleramtsminister Ronald Pofalla (CDU) berief: „Herr Minister Pofalla sagte mir zu, mir (...) einen schriftlichen Bescheid zu geben, dass Sie ein eventuelles Anfahren verhindern werden. Wann können wir mit diesem Schreiben rechnen?“ „Der Brief ist von RWE bestellt worden und die Politik hat geliefert“, konstatiert Atomrechtsexperte Wieland.

Auch der Energiekonzern EnBW klagt wegen der Abschaltung von zwei Reaktoren in Neckarwestheim und Philippsburg Schadensersatz in dreistelliger Millionen-

höhe ein. Das ist pikant, weil EnBW zur Hälfte dem Bundesland Baden-Württemberg gehört, also quasi gegen sich selbst klagt. Dazu kommt: Der Konzern hatte die beiden AKW-Blöcke seinerzeit freiwillig abgeschaltet, also bevor er vom Land dazu verpflichtet wurde.

Mit Klagen gegen mehrere Bundesländer drängen die Konzerne zudem auf Freistellung von Kosten, die für die Umrüstung von Zwischenlagern an den AKW-Standorten entstehen. Weil Gorleben laut Gesetz nicht mehr angefahren werden darf, sollen die 26 Castoren mit Abfällen aus der Wiederaufarbeitung in andere Zwischenlager gebracht werden – in welche, das steht nach dem Brunsbüttel-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts allerdings mehr denn je in den Sternen. Die Betreiber argumentieren nun, die Entscheidung gegen Gorleben sei aus politischen Gründen erfolgt, das dortige Zwischenlager im Übrigen bestens für die Aufnahme weiterer Castoren geeignet. „Den Kernenergiebetreibern, die bereits das Lager in Gorleben finanziert haben, entsteht dadurch zusätzlicher Aufwand“, begründet etwa RWE seine Klage. Bereits entschieden ist ein erster Rechtsstreit um

Mit ihren Klagen belasten die Kraftwerksbetreiber die Suche nach einem Endlager

die umstrittene Kernbrennstoffsteuer: Das Finanzgericht Hamburg hat die vorläufige Rückzahlung von 2,2 Milliarden Euro an E.on und RWE verfügt. Doch auch kleinere Summen werden von den Konzernen eingefordert. So klagen sie beim Verwaltungsgericht Schleswig gegen einen Kostenbescheid des Kieler Umweltministeriums für ein Erdbebengutachten: Dabei geht es um 3236,60 Euro. Dass es sich bei den vielen Klagen ganz offensichtlich um eine konzertierte Aktion handelt, die den Staat unter Druck setzen soll, sieht auch Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) so. Das Bundeskartellamt müsse den Vorgang untersuchen, fordert er. Den Konzernen gehe es um „eine ganz gezielte politische Intervention“. Das sei „Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung.“

Mit ihren Klagen gegen die standortnahe Zwischenlagerung von Atommüll belasten die Kraftwerksbetreiber zudem die Suche nach einem Endlager, findet Wenzel: „Die Konzerne provozieren Staat und Gesellschaft, wenn sie sich juristisch gegen die Parlamente, Kirchen, Gewerkschaften und die Mehrheit der Bevölkerung aufstellen.“

„Nur Laien können Experten kontrollieren“

Sie sammeln Daten, forschen über Lokalgeschichte, bieten mit fundiertem Wissen der Atom-Lobby Paroli oder arbeiten emsig an frei zugänglichen Enzyklopädien wie Wikipedia mit: die Laien-Wissenschaftler/-innen. Peter Finke, pensionierter Professor für Wissenschaftstheorie und Kulturökologie, hat diese „Forscher-Szene“ in dem Buch „Citizen Science – Das unterschätzte Wissen der Laien“ analysiert. Im – hier gekürzt wiedergegebenen – Interview mit dem Web-Magazin *Telepolis* erklärt Finke, warum akademische ebenso wie politische Maßstäbe neu justiert werden müssen, um eine echte Wissensgesellschaft zu formen. Von Brigitte Zarzer

Professor Peter Finke ist Wissenschaftstheoretiker und lehrte ab 1982 an der Universität Bielefeld. Im Jahr 2006 trat er aus Protest gegen die Bologna-Reform aus dem regulären Dienst aus.

Brigitte Zarzer: Sie haben sich nach Ihrem Rückzug aus dem universitären Betrieb den „Bürgerwissenschaften“, der „Citizen Science“ verschrieben. Wie würden Sie als Wissenschaftstheoretiker dieses Gebiet genau definieren?

Peter Finke: Sie sind im Irrtum. Ich habe mich seit meinem zwanzigsten Lebensjahr – also weit länger als in meiner Universitätskarriere – in Vereinigungen und Bürgerinitiativen zu geschichtlichen, sozialen und naturwissenschaftlichen Fragen engagiert, weil mich alte Häuser, fremde Kulturen und Vögel und Frösche interessiert haben. Und wen habe ich dort getroffen? Zu meiner eigenen Überraschung? Volksschullehrer, Verwaltungsangestellte, Hausfrauen, Ärzte, Richter, Verkäuferinnen, die hervorragende Regionalhistoriker, Brückenbauer zwischen den Kulturen, Kartierer der heimischen Pflanzen- und Tierwelt waren. Sie waren Wissenschaftler, aber nicht von Beruf, sondern aus purer Leidenschaft und mit großen, selbst erworbenen Fähigkeiten. Zwei bekamen später sogar einen Ehrendoktor. Die Definition ist ganz einfach: Es ist ehrenamtlich betriebene Forschung, nicht Berufswissenschaft auf einer Stelle. Sie findet nicht wie bei jener an einer Institution nach deren Bedingungen statt, sondern frei, allein durch Interessen und Fähigkeiten der Personen bestimmt.

BZ: In Ihrem Buch „Citizen Science – Das unterschätzte Wissen der Laien“ schreiben Sie über „Lebensnähe als Prinzip“. Ist diese



Das Bildungsverständnis von Prof. Finke unterscheidet sich gründlich von dem Verständnis bei der OECD und bei den PISA-Tests

Lebensnähe der traditionellen Wissenschaft abhandengekommen?

PF: Natürlich ist die Lebensnähe der akademischen Wissenschaft abhandengekommen, schon deshalb, weil Nähe dort kein Kriterium mehr ist. Wer den Fortschritt der Wissenschaft nur in Einzeldisziplinen und auf internationaler Ebene sieht, nimmt nicht mehr wahr, dass die penible Dokumentation des alltäglichen Wandels um uns herum eine wichtige, aktuelle Aufgabe ist. Wer sich nur an abstrakten, komplexen Problemen abarbeitet und nur noch mit Profikollegen redet und für diese schreibt, verliert den Blick für die Nähe, das was um ihn herum vor sich geht. Lebensnähe ist tatsächlich keine Stärke der akademischen Wissenschaft, und das ist ein Mangel.

Ich fordere nicht für alles und jedes Lebensnähe, aber das Bemühen, diese nicht völlig zu vergessen, muss jeden Wissenschaftler leiten, auch wenn er noch so abstrakte Fragen bearbeitet. Man kann das nicht als belanglos abtun, wie etwas, das vielleicht ganz nett wäre, aber meist leider unerfüllbar. Wer sich gar nicht mehr darum bemüht, entfernt sich von den Erfahrungen der Menschen auf einen fernen Planeten, auf denen er mit seinen Fachkollegen glücklich zu werden hofft.

BZ: Soweit ich das Ihrem Buch entnehme, gibt es bisher vor allem im Bereich der Pflanzenwissenschaften evidente Leistungen der „Citizen Science“. Wie ist das zu erklären?

PF: Das ist völlig falsch. Richtig ist, dass es im ganzen Bereich des naturkundlichen Wissens große Leistungen gibt. Und woran liegt das? Zum Teil daran, dass hier

Entdeckerfreuden im regionalen Umfeld auch heute noch möglich sind, aber auch daran, dass dies angesichts der grassierenden Biodiversitätsverluste bruchlos in den Wunsch nach Erhaltung übergehen kann. Dann auch daran, dass hier die Profis als erste eingesehen haben, welche große Hilfe ihnen die kenntnisreichen Laien sind, denn ohne diese stünden sie auf verlorenem Posten da.

Aber es ist auch falsch, nur dies zu sehen. Regionalgeschichtliche Werkstätten haben viele Forschungen vor Ort ermöglicht, für die Profihistoriker nie Zeit gehabt hätten. Wenn in Berlin eine Straßengemeinschaft beschließt: Wir schreiben zusammen ein Buch über die Geschichte unserer interessanten Straße, ist das eine großartige Sache. Wenn die AKW bei uns der Reihe nach abgeschaltet werden, ist das auch ein Erfolg der hartnäckigen Aktivisten. Wenn die DDR zusammengebrochen ist, haben auch die engagierten Leute in den Umweltbibliotheken ihren Anteil daran. Wenn Josef Gens in Köln als Schüler das Pöblichius-Grabmal ausgegraben hat, ist das ein spektakulärer Erfolg eines Hobbyarchäologen. Wenn die Hausfrau Ursula Sladek im Schwarzwald ein eigenes, nur mit Naturkraft betriebenes Stromnetz aufgebaut hat, dafür den deutschen Gründerpreis, den deutschen Umweltpreis und das Bundesverdienstkreuz bekommt, ist das doch wohl ein Erfolg, der mit „Pflanzenwissenschaften“ nichts zu tun hat!

BZ: Liebhaberei, so erklären Sie, sei eine Triebfeder für Forschungstätigkeit außerhalb des etablierten Betriebes. Als zentrales Motiv orten Sie jedoch das „bürger-schaftliche Engagement“. Das heißt, soweit ich Sie verstanden habe, dass das Engagement für

gesellschaftspolitisch relevante Bereiche Laien anspricht, sich selbst in komplizierte Materien zu vertiefen. Kann man diese These quantifizieren?

PF: Nein. Es gibt keine empirischen Untersuchungen, die dass zu quantifizieren erlauben würden. Es ist eine Erfahrungsaussage aus vierzig Jahren eigener Aktivität in solchen Netzwerken und Initiativen. Ich kann sie durch viele Einzelaussagen und Biographien belegen, aber nicht quantifizieren. Warum gibt es solche Untersuchungen nicht? Weil die ganze Ebene der Bürgerwissenschaft bislang angesichts einer Art „Alleinvertretungsanspruchs“ der Profis für Wissenschaft negiert, übersehen, gering geschätzt wurde und weiter wird.

BZ: Wie könnte man „Citizen Science“ besser in die Wissenschaft einbinden?

PF: In mehreren Schritten. Der erste Schritt wäre, dass die akademische Wissenschaft sich gegenüber kenntnisreichen Laien stärker öffnet und deren Expertisen nicht als zweit- oder drittrangig anerkennt. Ohne dies geht es nicht. Dies ist aber gleichbedeutend damit, dass die in Festreden zu hörenden Töne gegen zu viel Bürgereinfluss auf DIE Wissenschaft (der Bonner Rektor Fohrmann, der Brandenburger Akademiepräsident Stock) aufhören, die besagen: WIR sind die Wissenschaft, IHR seid nur die Bürger/Nichtwissenschaftler. Das ist falsch. Es gibt keine scharfe Grenzlinie zwischen Wissenschaft und Nichtwissenschaft, wohl eine Übergangszone.

Zweitens müsste man Foren schaffen und Brücken bauen, wo sich Profis und Laien auf Augenhöhe begegnen und miteinander kommunizieren können (also nicht: wo die Profis den Laien die Wissenschaft erklären, sondern wo sich im Prinzip auch Profis in der „Lernerrolle“ wiederfinden können).

Drittens müssten viele Freiheits Einschränkungen der akademischen Wissenschaft aktiv abgebaut und flexiblere Strukturen

etwa an Universitäten geschaffen werden, die nicht Stimmrechte für „gesellschaftliche Gruppen“ vorsehen (dazu gehören heute in vielen Universitätssenaten nicht nur Umweltverbände, sondern zum Beispiel auch politische Parteien (!!!)), sondern schlichte Mitsprachestrukturen, wo Laien ihre Interessen, Wünsche und Sorgen artikulieren können.

Aber: Eine völlige „Einbindung“ halte ich nicht für wünschenswert. Ehrenamtliche Forschung wird und soll immer freier sein als berufliche; sie ist auch eine Art wichtiger, dauernder „Stachel im Fleische“ der Berufswissenschaft, und das ist gut so.

BZ: Wissensgesellschaft ist mit dem Begriff Freiheit verknüpft. Was würde eine souveräne Integration von „Citizen Science“ an Freiheit für die Gesellschaft bringen?

PF: „Citizen Science“ ist Wissenschaft, die noch wirklich frei ist. Wer diese wirklich ernst nimmt und nicht als zweitrangig versteckt, schafft eine Herausforderung für die Profis, sich ihrer heutigen Unfreiheit bewusst zu werden und sich genauer zu überlegen, wessen Geld man annimmt, wessen Aufträge man ausführt und von sich aus zu wünschen, dass manches Hochschulgesetz novelliert wird. Bisher geht dies fast ausschließlich von der Politik aus mit dem Ergebnis, dass die Wissenschaftsfreiheit noch weiter eingeschränkt wird.

Aber das wichtigste Resultat für die Gesellschaft bestünde in einer Stärkung der Demokratie. Bürger als gleichberechtigte Gesprächspartner der Experten anzuerkennen, ist der erste, notwendige Schritt, die Fahrt in die Expertokratie zu bremsen. Nur Laien können Experten kontrollieren; dies ist die wichtigste Funktion von „Citizen Science“.

Die Gesellschaft hat davon einen ungeheuren Gewinn: Es ist der Abbau von Privilegien einzelner Gruppen, die sich ihre Angelegenheiten nicht hineinreden lassen wollen. Ich stimme Popper zu, dass die wahren Feinde einer offenen Gesellschaft diejenigen



Bürger-Wissenschaft in Gorleben: Strahlungsmessung am Zaun des Zwischenlagers durch Mitglieder der BI

sind, die in einer offenen Gesellschaft (also einer Demokratie) „geschlossene Gesellschaft“ spielen wollen. Das geht nicht; es ist der Anfang vom Ende einer Demokratie, wenn man das zulässt. „Citizen Science“ ist ein Modell einer konsequenten Demokratie in der Wissenschaft; oder, wie der Schweizer Journalist Adolf Reichwarth gesagt hat, sie ist „direkte Demokratie in der Wissenschaft“. Das ist ein ungeheuer starkes Modell, das die Gesamtgesellschaft nicht kalt lassen kann.

BZ: Wäre die Etablierung von Bürgerwissenschaft Ihrer Meinung nach auch ein Schritt in Richtung freiheitlich verfasster Bürgergesellschaft?

PF: Natürlich. Aber noch einmal: Es geht nicht um die „Etablierung der Bürgerwissenschaft“. Es geht um ihre Wahrnehmung und ihre Respektierung als legitimer, wichtiger Basisbereich der Wissenschaft. Es gibt sie, wir brauchen sie nicht zu schaffen. Insofern ist das Bild, das der Gesprächsleiter der „Citizen Science“-Gespräche im BMBF benutzt hat, an denen ich anfangs teilgenommen habe, es ginge ihnen um eine Art „Geburtshilfe“ in Deutschland, schlicht falsch. Die Kinder sind längst auf der Welt, man hat sie nur bisher nicht bemerkt und ihnen die Aufmerksamkeit gezollt, die sie verdienen, wenn sie sich gut entwickeln sollen. Man verwechselt den neuen Begriff („Citizen Science“) mit einer angeblich neuen Sache. Aber die Sache ist nur in Teilaspekten neu (Internet). Im Wesentlichen ist sie alt. Es gibt das Gewünschte mindestens seit gut zweihundert Jahren. Man muss nur der Aufklärung einen neuen Schub verleihen wollen. Daran scheint es zu hapern.

Das Interview ist erschienen bei Telepolis und hier verlinkt:

● www.gorleben-rundschau.de

Klimawandel ist zentrales Festivalthema

Festival Sie sind durchweg auf den Bestseller-Listen vertreten, haben Grimme-Preise, die Goldene Kamera, den Deutschen Fernsehpreis, Echo, Bambi, das Bundesverdienstkreuz erhalten. Die inzwischen mehr als einhundert Autor/-innen und Künstler/-innen der „Erneuerbaren Lesetage“ prägen die Kultur – und verurteilen den Kulturmissbrauch der Atomindustrie, wie das jahrelang durchgeführte Greenwashing-Event *Vattenfall-Lesetage*.

Die sind zwar – ein Riesenerfolg des ehrenamtlich organisierten Kulturfestivals *Lesen ohne Atomstrom* – Geschichte, doch noch längst ist nicht alles gut: Nach dem aktuellen Desaster der Klimaverhandlungen der Staatengemeinschaft in Peru wird das zentrale Thema des Festivals in diesem Jahr „Klimagerechtigkeit“ sein – einmal mehr mit überaus namhaften Protagonisten, so Heiko Böttner vom Verein *Kultur für Alle*.

„Als vor gut 20 Jahren die Klimaverhandlungen auf UN-Ebene begannen, waren die Hoffnungen groß, den Klimawandel gemeinsam in den Griff zu bekommen. Leider hat das bisher nicht ansatzweise geklappt, was das Ergebnis von Lima erneut gezeigt hat“, ergänzt Stefan Schurig, Direktor beim Weltzukunftsrat, der seit Anbeginn als Partner von *Lesen ohne Atomstrom* die Programm-Macher des Literaturfestivals berät. Schurig: „Mit Blick auf die nächste große Klimakonferenz in Paris Ende dieses Jahres stellt sich einmal mehr die Frage nach der Klimagerechtigkeit – zwischen Opfern und Verursachern des Klimawandels, zwischen den Bremsern und denen, die voran gehen wollen. Es ist sehr passend, dass *Lesen ohne Atomstrom* als das bedeutendste politische Kulturfestival in Deutschland das in diesem Jahr aufgreift.“ Ein weiteres Thema von *Lesen ohne Atomstrom* wird, so Böttner, die globale Überwachung der Bürger durch Geheimdienste und Internetkonzerne sein.

Das Programm zum fünfjährigen Jubiläum von *Lesen ohne Atomstrom* steht weitgehend, und es hält wieder hochkarätige Künstler/-innen aller Stilrichtungen bereit. Wegen der Vielzahl der engagierten Autor/-innen und Künstler/-innen muss das Literatur-Festival sogar um einen Tag verlängert werden und findet nun vom 22.



Kinderprogramm „Mirkos Liederbande“ in der „Fabrik“ während der Hamburger Literaturwoche



Kabarettabend zu Ehren von Dieter Hildebrandt während der Hamburger Literaturwoche „Lesen ohne Atomstrom - die erneuerbaren Lesetage“. Im Bild: Urban Priol



bis 27. April in verschiedenen Hamburger Kulturhäusern und erstmals auch auf dem Wasser statt – wie immer für alle Zuschauer/-innen überall ohne Eintritt. Das Festival stellt sein Programm der Öffentlichkeit erneut am Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima vor: am 11. März im Rahmen einer exklusiven Lesung in der Hamburger Fabrik. Erstmals wird die *Gorleben Rundschau* Medienpartner des Kulturfestivals sein. Ein Infostand der BI Lüchow-Dannenberg wird das Programm abrunden. (gr)

Weitere Infos im Internet unter:
 ● www.gorleben-rundschau.de

„Die Reise zum sichersten Ort der Erde“

Film Die Geschichte über die weltumspannende Suche nach einem Endlager führt an die unterschiedlichsten Orte – durch dicht besiedelte Gebiete in der Schweiz, zu einer Nomadenfamilie in der chinesischen Wüste Gobi, zu einem heiligen Berg in einem atomverseuchten Indianerreservat Nevadas, zu Demonstranten im Wald von Gorleben. Die Zuschauer werden Zeuge der geheimen Ankunft eines Atommüllfrachters in Japan und beobachtet Freiwillige bei einer britischen Atommüllversammlung. Interessant sind natürlich auch die Aussagen findiger Politiker, die mit einem Geldregen rechnen, wenn der Müll in ihrer Gemeinde deponiert wird. Wolfgang Ehmke sprach mit dem Schweizer Filmemacher Edgar Hagen.

GR: Warum sucht man den sichersten Ort der Erde und was will man dort?

Edgar Hagen: Es geht in dem Film um die fieberhafte Suche nach dem Platz zur Endlagerung von mehr als 350 000 Tonnen hochradioaktiver Atomabfälle, die sich in den vergangenen 60 Jahren angesammelt haben. Dass diese Frage sehr viele Menschen bewegt, wird schon in den ersten Minuten des Filmes klar.

Hauptprotagonist ist der in der Schweiz lebende Nuklearphysiker und international renommierte Endlagerexperte Charles McCombie, den man als technikgläubiges Fossil einer längst vergangenen Ära bezeichnen könnte. McCombie hält jedoch an der Sinnhaftigkeit der Atomenergie fest – egal wie schlecht es um die Suche nach dem Endlager bestellt ist.

GR: Sie verfolgen Charles McCombie auf seinen Geschäftsreisen nach Australien und China, bei Arbeitsgesprächen in Wien, bei der internationalen Atomenergiebehörde. Fühlte er sich von Ihnen nicht „unangenehm beobachtet“ oder sogar vorgeführt?

EH: Je länger der Film dauert, desto mehr führt er von der Person McCombie weg, evidenter wird die Tatsache, dass diese Suche nach einem Endlager eine gewaltige Rolle für die Zukunft spielt und weiterhin spielen wird.

GR: Welche Rolle hat die Atomkraftnutzung in Ihrer persönlichen Biographie gespielt?

EH: Ich bin in einer Zeit aufgewachsen, in der die friedliche Nutzung der Kernenergie als ein Wunderwerk der Energieversorgung gepriesen wurde. Es ist



also auch ein persönlicher Blick zurück. Der Film steigt mit einem Tagesschau-Bericht zur Eröffnung des Atomkraftwerks und der Wiederaufbereitungsanlage in Sellafield 1956 ein. Doch er schärft den Blick für den verzweifelten Versuch einer Problemlösung für die radioaktiven Hinterlassenschaften dieser Kernkraft-Ära. Das zumindest ist mein Anliegen!

GR: Wenn deutlich wird, dass es den Ort, an dem der Abfall sicher für Mensch und Umwelt ist, nicht gibt – und das, obwohl permanent neuer Atommüll anfällt –, welche Schlüsse sollte man für die Nutzung der Atomkraft und die Endlagerung daraus ziehen?

EH: Abgesehen vom Atomausstieg fehlt mir das Eingeständnis der Nicht-Machbarkeit. Der Staat sagt durch seine Politiker und Beamten, dass man das Problem im Griff habe und der Atomwissenschaftler reagiert verschnuft, wenn man ihm sein Spielzeug wegnehmen will. Das Eingeständnis, dass es nicht machbar ist, dass die Frage der Endlagerung ungelöst ist, will niemand der Verantwortlichen machen. Das würde aber den Weg frei machen, für konstruktive Problemlösungen, die nichts anderes

Abgesehen vom Atomausstieg fehlt mir das Eingeständnis der Nicht-Machbarkeit der Endlagerung



sein könnten, als ein Versuch der Schadensbegrenzung. Das Ganze ist aber eine globale Geschichte, und im Film wird klar, dass es heute nicht mehr so ist, dass ein lokales Problem irgendwo anders auf der Welt gelöst werden kann, indem man einfach irgendwo anders hingeht.

Der Film „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“ entstand 2013 und ist 100 Minuten lang. Start in Deutschland ist am 19. März in Köln. Danach läuft der Film eine Woche lang in vielen Kinos bundesweit – auch im Wendland.

Weitere Infos im Internet unter:
 ● www.gorleben-rundschau.de

Der wilde bunte Osten



Leben Der Landkreis Lüchow-Dannenberg, das Hannoversche Wendland oder auch die Republik Freies Wendland werden oftmals synonym für eine Region in Nordostniedersachsen genannt. Zuerst kamen die Wenden, dann der Landkreis, dann die Freie Republik Wendland und schließlich das Hannoversche Wendland. Oder war es anders herum? Kamen erst die ganzen Ökos und Hippies und dann der Castor, oder vielleicht doch erst die Polizei, dann die Demonstranten und dann der Castor? Und was war eigentlich vor dem Castor? Wird es jetzt nach dem Castor wieder so wie früher? Von Dominique Chasseriaud

Es ist keine ganz leichte Sache, die Entwicklung des Wendlands aus der Widerstandsperspektive einzuordnen, die vielen Aktivitäten, Initiativen und Bewegungen den richtigen Beweggründen zuzuordnen. Das Wendland steht für die höchste Dichte an Biobauern und Tagungshäusern in Deutschland und eine der langlebigsten sozialen Protestbewegungen in Europa – es gibt aber auch hier industrielle Tiermast und Monokulturen für Biogasanlagen. In den 1970er Jahren identifizieren sich die Neuen Sozialen Bewegungen vor allem mit den Themen atomare Abrüstung für

den Frieden und Stilllegung aller Atomanlagen. In diesen Zeitraum fällt 1979 auch der Treck nach Hannover mit 100 000 Teilnehmern, der entscheidend dazu beiträgt, die Pläne für ein Nukleares Entsorgungszentrum in Gorleben zu beenden. Damit wird weder eine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, noch ein Atomkraftwerk in Langendorf gebaut. Im Januar 1980 gründet sich aus dieser außerparlamentarischen Bewegung heraus die Partei DIE GRÜNEN, um den politischen Einfluss zu vergrößern.

Kurze Zeit später, im Mai 1980, wird mit dem Hüttendorf 1004 ein Bohrloch in Gorleben besetzt und einen Monat später mit dem größten Polizeieinsatz der Nachkriegsgeschichte wieder geräumt. Die Abfolge der Ereignisse mit den heute unsichtbaren Erfolgen (keine Wiederaufbereitungsanlage, kein Atomkraftwerk, eine friedliche Widerstandskultur) sind wichtig, um sich die Stimmung zu verbildlichen, mit der Menschen in den Folgejahren in den Landkreis Lüchow-Dannenberg ziehen. Trotz aller Diskussionen und Kontroversen können Utopien ausgelebt und politische Erfolge verzeichnet werden. Eine der ländlichsten Regionen von Deutschland wird damit innerhalb weniger Jahre zu einem bedeutenden politischen Faktor.

Diese Entwicklung legt sich nicht nach wenigen Jahren wie in anderen Regionen, sondern setzt sich bis heute fort. Die jahrzehntelange Kritik am Erkundungsbergwerk in Gorleben führt 2010 zum Untersuchungsausschuss, mit der Folge, dass die Endlager suche 2013 neu begonnen wird. In diesen fast 40 Jahren Widerstand ist viel passiert im Wendland. Neben der Protestkultur wird sich auch für ein besseres Leben eingesetzt, alternative Lebens- und Wirtschaftskonzepte entwickelt und erprobt, konventionelle Bauern stellen auf biologische Landwirtschaft um, Menschen mit dem Bedürfnis nach Veränderung ziehen her. Das Image und die inoffizielle Marke „Wendland“ entstehen, Symbol für die Freie Republik Wendland, 1980 im Hüttendorf 1004 ausgerufen. Der Landkreis mit seinen Querköpfen wird positiv assoziiert, hier wird hin und her gedacht und gemacht, revoltiert und revolutioniert, protestiert, gejäht, gebaut und besetzt. Außerhalb dieser mystischen Region überlegen manche sogar, ins Wendland zu ziehen, am besten gleich in eine dieser Kommunen.

Das erste kollektive Zusammenleben im Landkreis findet im Hüttendorf 1004 statt. Über 33 Tage wird unter dem Druck einer bevorstehenden und möglicherweise sehr gewaltsamen Räumung darüber diskutiert, ob man sich passiv zusammenschlagen lassen oder aktiven Widerstand leisten sollte. Dieser nicht zu unterschätzende Prozess der Gruppenkonsensbildung mündet in einer Räumung, in der friedlich sitzende Menschen gewaltsam geräumt werden und in der sich durch die Unverhältnismäßigkeit der Mittel der Staat lächerlich macht. Viele der Teilnehmer kommen aus den umliegenden Großstädten Hamburg und Berlin, legen ihren eigenen Gemüsegarten an, dämmen ihre Hütte mit leeren Glasflaschen und Lehm, leben ihre Träume von einer anderen Welt aus. Seit dem lebt dieser Zeitgeist weiter, finden sich im-



mer wieder neue Menschen, die mehr oder weniger verrückte Ideen ausprobieren wollen und gerade in dieser Region die nötige Freiheit dafür sehen. Was macht ein Gemeinschaftsprojekt aus, was steht hinter diesem alternativen Lebenskonzept, mit hehren Ansprüchen als die Studenten-WG?

Im Wendland gibt es diverse Wohn- und Lebensprojekte mit jeweils rund zehn bis zwanzig Erwachsenen: der Gasthof und Tagungshaus Meuchefitz, die Kommunen „Meuche 11“, Güstritz, Krumme Eiche e.V. in Krummasel, Volzendorf, Karmitz und unterschiedliche Gemeinschaftsprojekte wie die Ökumenische Aktions- und Lebensgemeinschaft in Güstritz, M3 in Mammoißel, das sozialökologische Projekt Loitze 1, die alte Ziegelei Mützingen, das Lebenszentrum Glienitz e.V, das Sacha-Haus in Wustrow, Gemeinschaftliches Leben Blütlingen und einige mehr.

Eine Gemeinschaft, die in ihren Ursprüngen stark vom Wendland beeinflusst wurde, umfasst ein ganzes Dorfprojekt mit rund 150 Menschen: das Ökodorf Sieben Linden bei Poppau in der Altmark. Gemeinschaftsprojekte sind keine uniformen Gebilde, es gibt nicht „die Gemeinschaft“ an sich. Es sind Einzelpersonen, die sich in ein Projekt einbringen, dieses

prägen und ihr ein Gesicht geben. Die Gemeinschaft ist das, was die Einzelnen zusammen daraus machen.

Eine Kommune zeichnet sich gegenüber den meisten anderen (Wohn-) Gemeinschaftsprojekten durch gemeinsames ökonomisches Wirtschaften aus. In einer Kommune kommen also alle Einnahmen in einen Topf, aus dem sämtliche Ausgaben bezahlt werden, das neue Dach genauso wie der private Urlaub eines und einer Einzelnen. Eine Kommune kann so ein soziales Sicherungssystem im kleinen Stil darstellen. Wer extern arbeitet, ermöglicht finanzielle Ausgaben. Wer seine Arbeitszeit am Hof einbringt, gestaltet diesen ganz praktisch mit. Beziehungen sind entgegen landläufiger Meinung aber Privatangelegenheiten, eine Kommune bringt in dieser Hinsicht keine Verpflichtungen: Im Wendland liegt der Fokus verstärkt im ökologischen und ökonomisch nachhaltigen Handeln. Ein Gemeinschaftsprojekt hat im Gegensatz zur Kommune weniger hohe ökonomische Ansprüche. In der Ökumenischen Aktions- und Lebensgemeinschaft in Güstritz gibt es beispielsweise einen Tagessatz für das Essen, und die Miete wird an einen Förderverein gezahlt, der wiederum alle baulichen Maßnahmen bewilligen muss,

die Haus und Hof betreffen. Ansonsten bleiben alle Finanzen, wie im Eigenheim auch, in der eigenen Hand.

Stellen Gemeinschaftsprojekte den Ausweg aus einer durch Medien, Lobbyismus und digitaler Entfremdung verkommenen kapitalistischen Gesellschaft dar? Oftmals beziehen in einem Projekt rund die Hälfte der Bewohner staatliche Sozialleistungen, es wird GEZ gezahlt und sonntags der Tatort geschaut. Es geht weniger um eine Abkapselung von der Gesellschaft als vielmehr darum, die Gesellschaft mit neuen Lebensweisen anzuregen, zu zeigen, dass es auch anders geht. Wer sein Gemüse aus der Kommune Güstritz bezieht, weiß ganz genau, dass keine Pestizide genutzt werden und kann seinen Erdbeeren beim Wachsen zuschauen oder beim Unkraut jäten mithelfen. Der Kauf vom neuen Folientunnel wird nicht geliked, sondern miteinander diskutiert. Vielleicht wird auch mal eine richtig gute Idee nicht umgesetzt, weil sie „totdiskutiert“ wurde oder der gute Schlagbohrer verrostet, weil er besitzlos im Regen vergessen wird. Gemeinschaftsleben ist immer wieder auch ein hartes Stück Arbeit, es geht ums Eingehen von Kompromissen und Ändern von Gewohnheiten, um viel miteinander. Für manche ist ein Gemein-

Im Wendland werden alternative Lebenskonzepte erprobt.

Menschen mit dem Bedürfnis nach Veränderung ziehen her



schaftsprojekt eine Lebensabschnittsbeziehung, für andere eine Lebensaufgabe.

Eine Bereicherung für die Gesellschaft sind sie auf jeden Fall, schon alleine durch die vielen frischen Gedanken und die Hinterfragung bestehender Strukturen. Besonders spannend wird es, wenn sich die Gemeinschaften untereinander vernetzen und beispielsweise der Gasthof Meuchefitz und die Kommune Krummasel Gemüse aus der Kommune Güstritz und Saft aus der Kommune Karmitz beziehen. Im Gegenzug erhalten alle Gemeinschaftsmitglieder ihr Essen im Gasthof Meuchefitz beziehungsweise im Club Krummasel und helfen bei Bedarf am Tresen mit, alles ohne Geld als Tauschmittel. Dies kann sich weiter im Alltäglichen fortsetzen, wenn zum Beispiel alle zusammen im Winter Holz schlagen im Wald. Aber auch da kann es im Getriebe knirschen. Letztlich sind es immer Individuen, die im Wald durch den Schnee stapfend Bäume fällen, und es ist immer eine Gratwanderung, bis sich jeder gerecht behandelt fühlt und die Arbeit wertgeschätzt wird. Wenn dann abends der Zuber mit warmem Wasser bei Kerzenschein im Hof steht und der weite wendländische Sternenhimmel sich ausbreitet,

sind die Diskussionen und die Arbeit wieder vergessen. Es ist schon schön, dieses Wendland, und schön, dass es diese verrückten Menschen gibt, die sich auch von Gemeinschaften nicht schrecken lassen und ihr Kraft geben, um in einer „besseren Welt“ zu leben.

Ambitionierte Gemeinschaftsprojekte, Ökobauern, engagierte Umweltaktivisten und quer denkende Menschen konzentrieren sich im Wendland. Der Austausch zwischen verschiedensten Gruppen fördert kreative Ideen und praktische Umsetzungen, wie sie in anderen Gegenden nicht machbar sind. So stellt das Wendland ein kreatives Milieu in einer der ländlichsten Regionen Deutschlands dar. Diese positive Energie ist es, die nach der Zeit der Castortransporte weiter lebt und für Veränderungen sorgt. Und in einem Gedanken sind sich alle sonst so unterschiedlichen Gruppen einig: Die Ruhe in Gorleben trägt. Schließlich gibt es bislang bundesweit kein Endlager, und die Brennelemente lagern seit 19 Jahren in Transportbehältern, deren Zulassung auf 40 Jahre begrenzt ist. Ein absehbares Dilemma.

Weitere Infos im Internet unter:
● www.gorleben-rundschau.de



Ein Landkreis, in dem sich im Windschatten der Gorleben-Proteste eine ungewöhnlich hohe Zahl von Künstlern, Journalisten und Intellektuellen, aber auch viele Aussteiger, Lebenskünstler und Kommunarden niedergelassen haben, stellt auch für Politik und Verwaltung eine andere Herausforderung dar, als eine Region mit traditionell ländlicher Bevölkerung. Der Landrat von Lüchow-Dannenberg Jürgen Schulz schätzt diese Vielfalt trotzdem. Von Andreas Conradt

Gorleben Rundschau: Kommunen und Wohngruppen schätzen das offene Klima im Landkreis Lüchow-Dannenberg, das alternative Lebensentwürfe erst ermöglicht. Welchen Beitrag leisten die Verwaltung und Sie als Landrat, um dieses Klima zu ermöglichen?



Landrat Jürgen Schulz: Ich würde jetzt gern behaupten, dass die Kreisverwaltung und insbesondere ich selbst mich seit Jahren für die Ansiedlung von Kommunen und Kollektiven im Wendland einsetze. Aber das wäre schlicht Unfug. Tatsächlich glaube ich, dass wir bis jetzt noch gar nicht richtig verstanden haben, welche Potenziale in den wendländischen Kommunen und Kol-

lektiven liegen. Ein Beispiel: Wir verfügen in Lüchow-Dannenberg über reichlich historische Bausubstanz, sind zu Recht stolz auf die große Zahl außerordentlich gut erhaltener niederdeutscher Hallenhäuser und insbesondere auf unsere Rundlingsdörfer – ein touristisches Pfund, mit dem wir gerne wuchern. Allerdings stellt der Erhalt dieser Häuser und mehr noch ganzer Häuser-Ensembles die Eigentümer vor große (finanzielle) Herausforderungen. So gerne viele Menschen – Alteingesessene wie Neuzugezogene – in diesen historischen Gebäuden leben möchten: Die klassische Kleinfamilie mit einem, maximal zwei Erwerbstätigen kann das auf Dauer oft nicht schultern. Da ist eine Kommune klar im Vorteil, zum Beispiel die Kommune Güstritz. Deren Mitglieder haben



Landrat Jürgen Schulz (links; parteilos) spricht kurz vor der Abfahrt des Wendland-Trecks nach Berlin im Sommer 2009 mit BI-Sprecher Wolfgang Ehmke



2010 gemeinsam eine Hofstelle im Rundling Güstritz gekauft und bewirtschaften sie gemeinsam. Haus, Acker und Weideflächen sind in kollektivem Besitz und werden kollektiv bearbeitet. Ein faszinierendes Modell, das zu funktionieren scheint. Gerne mehr davon!

GR: Inwieweit unterscheidet sich ihre Tätigkeit aufgrund der vielen „Alternativen“ im Landkreis von der Arbeit anderer Landräte in konservativer geprägten Regionen? Müssen Sie gelegentlich „ein Auge zudrücken“?



JS: Die Streitkultur in Lüchow-Dannenberg ist auch außerhalb des Kreises bekannt, um nicht zu sagen legendär. Das macht den Arbeitsalltag für mich wie auch für die Aktiven in den politischen Gremien gelegentlich durchaus, na, sagen wir einmal „abwechslungsreich“. Zumindest nicht langweilig. Worauf wir wirklich stolz sein können und was mich in meiner Arbeit oft auch sehr glücklich macht, ist, dass es in Lüchow-Dannenberg viele Menschen und Initiativen gibt, die nicht nur reden, sondern die auch aktiv mitanpacken.

Egal ob es um das Befüllen von 1,2 Millionen Sandsäcken geht, wie zuletzt während des Sommerhochwassers 2013, oder um die Betreuung von Flüchtlingsfamilien. Ob das nun „Alternative“ sind oder eher „Normal-Lüchow-Dannenger“, die sich hier engagieren, vermag ich nicht zu beurteilen. Was das „Augezudrücken“ angeht: Bevor die „Tofurei Wendland“ im letzten Jahr ihren Betrieb aufnehmen konnte, musste das dahinter stehende Kollektiv die gleichen Auflagen in Sachen Verbraucherschutz erfüllen wie jeder andere Betrieb auch. Da gelten selbstverständlich für alle die gleichen Regeln. Und erst als alle Maschinen und Geräte den Auflagen entsprachen, kamen die Besucher der KLP in Luckau in den Genuss eines saftigen Tofu-Burgers.

GR: Wie würden Sie – in aller Kürze – den Beitrag der „Alternativen“ zur Gesellschaft im Wendland beschreiben?

JS: Sie haben einige meiner Amtsvorgänger massiv herausgefordert und ein Umdenken in vielen Belangen eingefordert. Zu Recht. Und sie haben das Leben in Lüchow-Dannenberg um ein vielfaches bunter gemacht: Dies betrifft die politische Streitkultur, das betrifft das Ausmaß des bürgerschaftlichen Engagements, das breite Spektrum kultureller Angebote und auch manches regionale Produkt, auf das wir heute nicht mehr verzichten möchten.

Interessierten an Gemeinschaftsprojekten sei das Eurotopia empfohlen, ein Verzeichnis über Projekte in ganz Europa. Dem ist zu entnehmen, wer mit wie vielen Menschen und welchen Ansprüchen wo lebt und ob, wie und wann Besucher willkommen sind.

Wer gerne mehr über das Wendland erfahren möchte, kann dies am besten mit dem Fahrrad während der Kulturellen Landpartie von Himmelfahrt bis Pfingsten (14.-25. Mai 2015) tun. Am Freitag, dem 22. Mai gibt es einen Aktionstag in Gorleben, an der alle Aussteller/-innen teilnehmen. Anfahrt per Zug von Norden mit dem neuen HVV-Ticket von Hamburg bis Bahnhof Dannenberg oder von Süden und Osten mit normalem Bahnticket bis Bahnhof Salzwedel.

Die Not ist groß

Zwischenlagerung Das Castor-Zwischenlager in Brunsbüttel hat seit Mitte Januar keine Betriebserlaubnis mehr. Im Revisionsverfahren hat das Bundesverwaltungsgericht das Urteil des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Schleswig vom Sommer 2013 bestätigt. Der Entfall der Erlaubnis macht das Dilemma um die deutsche Atompolitik überdeutlich.

Mit dem Urteil falle einer der letzten Bausteine der verheerenden Atommüllpolitik im Lande, und der politische Druck, die Atommüll-Produktion endgültig zu stoppen, erhöhe sich, so Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI): „Das Urteil wird weitgehende Konsequenzen haben, denn die vom OVG festgestellten Fehler bei den Sicherheitsnachweisen des Castor-Lagers werden auch für andere Zwischenlager relevant sein.“ Auch die seien schließlich nicht hinreichend daraufhin untersucht worden, ob sie gegen den Absturz eines Airbus A 380 und Terrorangriffe mit modernen panzerbrechenden Waffen ausgelegt sind, ergänzt Tobias Darge von Robin Wood. „Deshalb stehen alle neun noch am Netz befindlichen AKW in der Bundesrepublik de facto ohne ‚Entsorgungsnachweis‘ da.“ „De facto“ deshalb, weil die Atomaufsicht im grünen Energieministerium in Schleswig-Holstein schon vor einiger Zeit angekündigt hatte, dass sie die weitere Lagerung des Atommülls in Brunsbüttel im Falle, dass das OVG-Urteil rechtskräftig würde, per Notverordnung aufrecht erhalten wolle. Das ist nicht Bockigkeit, sondern schlichte Not: „Jeder Normalbürger, der einen Betrieb hat und vom höchsten Gericht ein Urteil kassiert, dass seine Betriebsgenehmigung hinfällig ist, müsste den Betrieb dichtmachen“, sagte dazu Greenpeace-Atomexperte Mathias Edler gegenüber dem Deutschlandfunk (DLF). Doch: „Das geht eben bei Atommüll nicht.“

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat trotzdem die Bundesregierung sowie die Landesregierung in Kiel vor „Tricksereien“ nach dem Aus gewarnt. Udo Buchholz vom Vorstand des BBU vermutet, dass Industrie und Politik „mit den Hufen scharren, um Wege zum Weiterbetrieb des Atommüll-Lagers



Mit dem Brunsbüttel-Urteil fällt einer der letzten Bausteine der Atommüllpolitik

zu finden.“ Die entsprechende Aussage von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) kam dann auch noch am Tag der Urteilsverkündung: „Ich begrüße, dass die schleswig-holsteinische Landesatomaufsicht noch heute eine atomaufsichtliche Anordnung gegenüber dem Betreiber Vattenfall erlässt. Damit wird sichergestellt, dass weiterhin eine rechtliche Basis für das Standortzwischenlager gegeben ist.“

Doch Hendricks hat die Rechnung ohne ihren grünen Ministerkollegen Robert Habeck in Kiel gemacht. Denn, so der Energieexperte Dirk Seifert in seinem Blog umweltFAIRaendern: „Das Urteil erschüttert die Grundfeste der gesamten Atommüllentsorgung und dürfte zu einem deutlich schnelleren Atomausstieg als bislang geplant führen. Habeck jedenfalls fordert einen ‚nationalen Neuanfang‘ in der Atommüllfrage und zielt dabei auch auf die Endlagerkommission. Für ihn ist klar, dass das Urteil jetzt auch für Atommülllager an den anderen AKW-Standorten Folgen haben dürfte. Damit steht die endgültige Abschaltung aller noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke auf der Tagesordnung.“ In seiner Rede sagte Habeck selbst: „Ob beklagt oder nicht, der Bund muss die Betreiber zum Nachweis der Sicherheit oder gegebenenfalls zur Nachrüstung bewegen. Entsprechend werde ich mit meinen Län-

derkollegen sowohl an die Betreiber wie auch an den Bund herantreten.“

Er stellte in seiner Rede unterschiedliche Überlegungen an, wie es möglich sein könnte, mit rechtsstaatlichen Mitteln aus dem Dilemma des Brunsbüttel-Urteils herauszukommen. Und er ahnt mehr als dass er es sagt, dass es diesen Ausweg kaum geben wird. Die BI Lüchow-Dannenberg weist darauf hin, dass dieser Ausweg nicht doch wieder Gorleben heißen darf. Brunsbüttel wurde bisher auch als eine der möglichen Lagerstätten gesehen, um einen Teil der 26 Behälter aus Sellafeld und La Hague aufzunehmen. Dabei handelt es sich um verglaste hoch- und mittelaktive Abfälle aus der Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen Reaktoren. Nach einer Änderung des Atomgesetzes dürfen sie nicht mehr in Gorleben eingelagert werden. Diese Änderung des Atomgesetzes geschah, um im Wendland das Vertrauen in eine angeblich neue Endlagersuche zu stärken und die Lage vor Ort zu befrieden. Doch während Ministerin Hendricks laut Tagesspiegel immer noch auf Schleswig-Holstein setzt, mehren sich in der dortigen CDU und FDP die Stimmen, den hochradioaktiven Müll doch ins Wendland zu bringen. „Ein Eingreifen der Bundesumweltministerin ist überfällig“, sagte der BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. (gr)

Protest gegen Atom-Beihilfen der EU

Subventionen Während in Deutschland geplant ist, das Atomzeitalter zu beenden, setzen andere europäische Länder alles daran, EU-Beihilfen für neue Kernkraftwerke zu erhalten. Im Schatten einer Entscheidung der EU-Kommission entwickeln sich dabei gerade diplomatische Turbulenzen.

Trotz erheblicher drohender Wettbewerbsverzerrungen hat die EU-Kommission noch kurz vor Ende ihrer Amtszeit im Oktober massive staatliche Subventionen für den Bau von zwei neuen Atomreaktoren in Großbritannien genehmigt. Dadurch darf die britische Regierung dem Betreiberkonsortium unter Führung des französischen Staatskonzerns *Electricité de France* (EdF) Bürgschaften in Höhe von über 21 Milliarden Euro für den Bau von Block C des Atomkraftwerks Hinkley Point zusichern. Noch schwerer wiegt jedoch die garantierte Vergütung für diesen Atomstrom: Mit dem für 2023 geplanten Beginn der Stromerzeugung wird der Garantiepreis bei rund 11 Cent pro Kilowattstunde liegen. Dieser soll über einen Zeitraum von 35 Jahren gewährt werden, dazu kommt ein jährlicher Inflationsausgleich. Nach Berechnungen der *Financial Times* wächst dadurch die Garantievergütung bis zum Ende des Förderzeitraums auf 35 Cent je Kilowattstunde. Zum Vergleich: Eine große Photovoltaik-Anlage in der Bundesrepublik bekommt heute über das Erneuerbare-Energien-Gesetz eine Vergütung von etwa 8,9 Cent/kWh, die jedoch nur über 20 Jahre und ohne Inflationsausgleich gezahlt wird.

Eine solche Begünstigung eines einzelnen Projektes muss allerdings von der Europäischen Kommission genehmigt werden. Grundsätzlich verbietet das Europäische Wettbewerbsrecht solche staatlichen Beihilfen, nur in Ausnahmefällen, etwa wenn die Maßnahmen ein gemeinsames Interesse der EU darstellen, sind sie zulässig. Nachdem noch im März 2014 die EU-Kommission zu dem Schluss kam, dass die Subvention nicht zulässig sei, änderte die Kommission nach marginalen Anpassungen ihre Meinung und erklärte kurz vor ihrem Ausscheiden im Oktober in einer denkbar knappen Abstimmung, dass die briti-

schen Pläne mit dem EU-Beihilferecht nun doch vereinbar seien. Sebastian Sladek, Geschäftsführer der *Elektrizitätswerke Schönau* (EWS) stellt hierzu klar: „Nur durch diese Subventionen wird der Bau unrentabler Atomreaktoren möglich – auch 60 Jahre nach Beginn der zivilen Nutzung ist die Atomenergie immer noch unwirtschaftlich. Mit der Entscheidung zu Hinkley Point C schafft die EU-Kommission einen Präzedenzfall, der geeignet ist, einen Dammbruch auszulösen und dem Neubau von Atomkraftwerken in Europa Tür und Tor zu öffnen. Nach diesem Vorbild könnten nun weitere Neubauprojekte in ganz Europa vorangetrieben werden.“

Und tatsächlich: Auf der Projektliste der EU-Mitgliedsstaaten stehen zahlreiche Atomenergie-Projekte. Großbritannien will für drei Atomkraftwerke – neben Hinkley Point C auch noch Wylfa und Moorside – über 60 Milliarden Euro aus dem Investitionstopf. Polen will sich den Einstieg in die Atomenergie mit über zwölf Milliarden Euro finanzieren lassen. Auch Rumänien, Lettland, Ungarn und die Tschechische Republik planen Investitionen in Atomenergie. Die Österreichische Regierung hat gegen die Entscheidung der EU-Kommission eine Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) angekündigt.

Den EWS ist dieser Klageweg versperrt, da nur Organe der EU vor dem EuGH klagen können. Daher haben sich die Stromrebellens aus dem Schwarzwald entschieden, Beschwerde einzulegen – ein Recht, das jeder Bürgerin und jedem Bürger der EU zusteht. Unter dem Motto „Kein Geld für Atom – Stoppt Brüssel!“ haben die EWS im Dezember eine Mitmachaktion über das Internet gestartet. Dort können sich Bürger/-innen schnell und unkompliziert der EWS-Beschwerde anschließen und damit auch die österreichische Klage solidarisch flankieren. Aktuell ge-



winnt diese durch die Veröffentlichung vertraulicher Dokumente der österreichischen Diplomatie gewaltig an Brisanz. Die Alpenrepublik wird offenbar von der britischen Regierung massiv unter Druck gesetzt, die Klageabsicht fallen zu lassen. In einer Depesche des österreichischen Botschafters in London berichtet dieser von „einer systematischen Erarbeitung von Österreich schädigenden Gegenmaßnahmen“ durch Großbritannien und „negativen Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen“. Großbritannien werde „jede Gelegenheit wahrnehmen, Österreich zu verklagen oder zu schaden“, heißt es in dem Schreiben, das Mitte Februar von österreichischen Medien veröffentlicht wurde.

Angesichts des massiven Drucks der britischen Regierung wollen die EWS Schönau ihre Beschwerde-Aktion weiter intensivieren, um den großen gesellschaftlichen Widerstand gegen neue Atomkraftwerke deutlich zu machen. „Der völlig unangemessene massive Druck macht deutlich, dass die Briten eher von einem juristischen Scheitern ausgehen. Umso wichtiger ist es nun, dass die Bürger der EU mit ihrer Beschwerde gegen die Hinkley-Point-Entscheidung der EU-Kommission Österreich solidarisch den Rücken stärken“, so Sebastian Sladek. Wenn sich möglichst viele Menschen an der Beschwerde der EWS beteiligten, werde die Chance größer, dass die EU-Kommission die Beihilfeentscheidung zurücknimmt. (gr, pm)

Weitere Infos im Internet unter:
 ● www.gorleben-rundschau.de



Widerstand und Schafe

Portrait Gisi heißt Gisi, niemand sagt hier Giselher. Und „Herr Kühn“, das ist sein Vater, den viele im Wendland kennen, weil er Lehrer war und viele Jahre in der Kommunalpolitik. Nein, Gisi kennen die meisten nur unter seinem Spitznamen.

Als Gorleben 1977 zum Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum (NEZ) werden sollte, war Gisi erst 16 Jahre alt. „Atomkraft war bis dahin kein Thema“. Die Betreiberfirma DWK versprach, dass alles „sauber, schick und schön“ würde. In Lüchow-Dannenberg sollte eine Drehscheibe der Atomindustrie entstehen. Es gab bunte Hochglanz-Broschüren, die eine sichere Zukunft versprochen, und die Jugendlichen wurden nach Wittfeitzen ins Freizeithem des Landkreises eingeladen.

In dieser Zeit veränderte sich die Region. Schneller als all die Jahrzehnte davor – und spürbarer. Die Atomkraftgegner aus den Großstädten, die von Anfang an den Widerstand im Wendland unterstützen, brachten eine ganz andere Kultur mit. „Hier tut sich was“, stellte Gisi damals fasziniert fest. Während viele Freunde und Bekannte die Heimat verließen, ist er geblieben.

Der Umbruch war in jener Zeit auch in der Landwirtschaft zu spüren: Gisi begann seine Landwirtschaftslehre noch auf einem konventionell betriebenen Hof und wechselte dann auf einen der ersten Höfe im Wendland, die gerade „auf Bio“ umgestellt wurden. Auf dem Hof Kulow in Zargleben blieb er auch nach seiner Lehre noch etliche Jahre; die Bäuerliche Notgemeinschaft, also der Zusammenschluss der Landwirte

„Von hier“, sagen die Alten. „Einheimischer“, sagen die Zugereisten. Giselher Kühn ist gebürtiger Wendländer. Als Landwirt ist er zudem ein Unikum. Und der Bäuerlichen Notgemeinschaft eine Stütze von Anfang an. Von Torsten Koopmann

Während der diesjährigen Kulturpartie präsentiert sich die Bäuerliche Notgemeinschaft erstmals auf Gisis Hof in Diahren



gegen das NEZ, spielte hier von Anfang an eine Rolle.

Denn was war aus dem „sauber, schick und schön“ geworden? Die Lösungen der Atom-Befürworter erschienen Gisi zu einfach und hielten seiner kritischen Prüfung nicht stand. Die Menschen im Widerstand empfand er als vertrauenserweckender. Schließlich hatte er als junger Mann am Küchentisch die gleichen Diskussionen mit seinem Vater geführt, wie viele andere im Wendland auch. Es tat sich viel, ja, aber es gab eben auch viel Streit im Landkreis. Das schärfte die Position, aber irgendwann wurde über „Gorleben“ nicht mehr miteinander geredet. Es war alles gesagt. Was folgte, war die Zeit des Tuns: Während seiner Lehrzeit wollte die DWK in Gorleben plötzlich Bäume roden. Gisi war dagegen! Und so tauchte „ganz unerwartet“ ein Freund in der Berufsschulklasse auf, um ihn loszueisen: „Herr Hebler, der Gisi muss heute auf dem Feld helfen.“ Alles nur getrickt, denn Gisi hatte Besseres zu tun: Rodung verhindern durch Anketten an Bäume!

In all den Jahren war Gisi dann immer mit der Bäuerlichen Notgemeinschaft unterwegs, immer auf einem Trecker. Das einschneidendste Erlebnis war für ihn, wie für alle, die dabei waren, die Treckerreifen-Stecherei der Polizei: In Splietau bildeten 80 verkeilte Trecker 1997 eine große Blockade der Castorstrecke. In einer überfallartigen Aktion zerstörte ein Polizeikommando, das mit Hubschraubern neben der Blockade abgesetzt wurde, blitzartig die Reifen der Trecker, während die Castorbehälter schon längst auf einer anderen Route unterwegs und weit weg waren. Die Bauern waren dem Staat ein Dorn im Auge, und der hinterließ mal eben 80 000 Mark Schaden. Viele waren anschließend der Meinung, der Staat habe sich gegen seine Menschen ins Unrecht gesetzt.

Gisi und sein Trecker hatten Glück: Am Vorabend wurde er von zwei Polizeipanzern und lichtflutenden Hubschraubern in der Luft auf einem Acker verfolgt. Der Trecker konnte gerade noch in einer

Scheune versteckt werden, damit er nicht beschlagnahmt wurde...

Inzwischen war Gisi auf seinem eigenen Hof selbstständiger Milchschafer geworden. Heute lebt er in Diahren, einem kleinen Rundlingsdorf, als Biolandwirt mit rund zwanzig Milchschafern. Mit ein wenig Glück konnte er ein Rezept für Schafmilchlikör kaufen. Tolle Idee, aber auf den Märkten wollte niemand diese Schafmilch trinken. Da nutzte auch das schöne Etikett mit Wendlandsonne und Widderkopf nichts. Dabei lag die Lösung so nah: Als er nicht mehr von Schafmilch sprach, sondern von der „wendländischen Likörspezialität“ und nachdem die Elbe-Jeetzel-Zeitung über sein Produkt berichtete, kamen die Fernsehsender immer wieder und er brauchte keine weitere Werbung mehr. „White Wendish“ heißt der erfolgreiche Likör heute.

Jetzt, wo das Getränk ein eingeführtes und beliebtes Produkt ist, könnte Gisi die Anzahl seiner Schafe eigentlich erhöhen. Der Likör von vierzig, achtzig und noch mehr Schafen würde Abnehmer finden. Im Winter ist er schließlich immer ausverkauft, und alle müssen auf neuen Likör warten. Es gibt ihn auch nur in der Region zu kaufen. Aber mit den Widerstand veränderte sich auch die Kultur und Gisi lernte, sich dieser Spirale des „immer mehr“ zu entziehen. Kommt doch einer mit dem Vorschlag, zu expandieren, lächelt Gisi und fragt zurück, warum er das tun sollte? „Ich bin doch glücklich, so wie es jetzt ist.“ Wen die Antwort nicht überzeugt, dem erzählt er die „Anekdote zur Senkung der Arbeitsmoral“ von Heinrich Böll.

Und er spricht noch immer gern über Gorleben. Sind die dortigen Pläne endgültig vom Tisch? War es das? „Nein, das war es noch nicht“, so Gisi. Die Besetzung der Berliner Endlagerkommission spreche Bände. „Das haben wir doch schon x-mal durchgemacht.“ Auch wenn das Ende noch nicht feststehe, arbeiteten sie in der Kommission auf ein bestimmtes Ergebnis hin. „Wir werden wohl noch mal los müssen.“



Aus Protest gegen Atomwaffen sind die 84-jährige amerikanische Nonne Megan Rice und zwei Mitstreiter in Oak Ridge, Tennessee, in ein Atomlager eingedrungen und haben Gebäude mit Bibelsprüchen besprüht und Blut aus Flaschen verschüttet. Bei der anschließenden Festnahme leisteten sie keinen Widerstand. Laut „New York Times“ war Rice schon lange als Friedensaktivistin aktiv. 40- oder 50-mal sei sie wegen zivilen Ungehorsams festgesetzt worden, hieß es in einem Bericht nach dem Einbruch in Oak Ridge. Doch nichts war vergleichbar mit der Aktion am

Y-12 National Security Complex, der „größten Sicherheitslücke in der Geschichte des Nuklearkomplexes“. Die Verteidigung berichtete, dass die drei Aktivisten Tausende Briefe in das Gefängnis von Unterstützern in aller Welt zugesandt bekamen.

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

kulturelle WIDERSTANDS PARTIE

unter dem Motto

**X
PRESS
YOURSELF**

präsentieren Künstler, Akteure und Aktivisten sich und ihren Wunde(r)punkt gemeinsam mit der BI kompakt an einem Platz.

Am Freitag vor Pfingsten ab 14.00h findet die kulturelle Landpartie an den Atomanlagen Gorleben statt und macht deutlich: der Widerstand im Wendland ist fantasievoll, kreativ und lebendig!

Wir können uns auf Kunst und Darbietungen, Spiel, Spaß, Gesang, gutes Essen und vieles mehr freuen!

SEID DABEI AM 22. MAI 2015

Markiert euch den Termin in eurem Kalender und verpasst auf keinen Fall ein

VOLLES PROGRAMM AN DEN ATOMANLAGEN

Spendenkonto
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21
BIC: NOLADE21UEL



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de